

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe März 2024

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: [info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

## Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Zur weltweiten Diskussion zum Verbot von Smartphones**
- **Nicaragua verklagt Deutschland, Kanada, Großbritannien und die Niederlande vor dem IGH**
- **BüSo: Strafanzeige beim Generalbundesanwalt "wegen Beihilfe zum Völkermord" gegen Bundeskanzler Scholz**
- **BüSo: Katastrophe in Rafah stoppen: "Dringenden Antrag auf zusätzliche Maßnahmen" beim IGH**
- **Alfred de Zayas: Internationale Ordnung bedeutet, sich an die Regeln zu halten**
- **Evelyn Hecht-Galinski: Gedenken, Genozid, Vertreibung untrennbar verbunden – Unerträgliche Doppelmoral ...**
- **Karin Leukefeld: Der Kampf um Palästina**
- **Karin Leukefeld: Waffenstillstand oder Krieg – Blitztour von US-Außenminister im Mittleren Osten ohne Ergebnis**
- **Jacques Baud (im Interview): Israel hat die falschen Strategien angewendet**
- **Afaf Al Najjar: Wie ich nur einen Tag in Gaza überstehe**
- **GFP: Auf Krieg einstellen (III)**
- **Harald Kujat: "Keine Belege für russische Angriffsabsicht" – Ex-General Kujat widerspricht neuer "russischer Gefahr"**
- **Stefano di Lorenzo: Demokratie nach ungarischer Art**
- **Laura Kölsch: Kommt die globale Gesundheitsdiktatur?**
- **Pandemievertrag und Internationale Gesundheitsvorschriften der WHO – kritische Einschätzungen der Vorhaben**
- **Österreich aktiv gegen WHO-Machtergreifung**
- **Schweiz aktiv gegen Epidemiengesetz und WHO-Einfluss**

**Jeder Mensch muss, so er ein wahrer Mensch ist, lernen,  
allein innerhalb aller zu stehen, allein für alle zu denken –  
wenn es Not tut, sogar auch gegen alle !**

## **Editorial**

*Diese Ausgabe beginnt mit einem Beitrag über ein **Verbot von Handys in Schulen**. In Frankreich gilt das seit 2010 generell auf dem Schulgelände. Andere Länder ziehen inzwischen nach.*

*Es folgen zwei Artikel, die über Anklagen im Zusammenhang mit Palästina/Israel berichten. So wurde von Nicaragua Klage beim IGH u.a. gegen Deutschland wegen **Beihilfe zum Völkermord** in Palästina eingereicht. Und im Namen von deutsch-palästinensischen Familienangehörigen wurde beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe **Strafanzeige** gegen den Bundeskanzler und Bundesminister eingereicht. Zudem hat Südafrika seine Klage gegen Israel beim IGH aktualisiert und erweitert.*

*Alfred de Zayas erläutert, dass das **internationale Recht** sich unzweideutig auf die UN-Charta beziehen müsse. Auch Evelyn Hecht-Galinski kritisiert im Zusammenhang mit dem Krieg in Gaza **einseitige und parteiische Sichtweisen** bei offiziellen Stellungnahmen und fordert auch im Gedenken an den Holocaust **Solidarität mit Palästina**. Um dies zu verstehen, hilft der Blick auf die Geschichte von Palästina und Israel, auf die geopolitischen Interessen in der Region und auf die aktuellen internationalen Aktivitäten, den Karin Leukefeld in den nächsten beiden Beiträgen gibt. Konkrete Berichte über die bewaffneten Kämpfe in Gaza und den menschlichen Überlebenskampf dabei illustrieren die nächsten beiden Beiträge.*

*Offenbar sollen wir uns in Deutschland auf eine Militarisierung der Gesellschaft einstellen, was German-Foreign-Policy erläutert. Dazu gehört die **Warnung vor russischen Angriffen** auf die NATO-Staaten in Europa, was nach Aussage von General a.D. Kujat nicht belegt ist. Dass man eine selbstbewusste nationale Politik ohne Kriegstreiberei gegen Russland praktizieren kann, erläutert Stefano di Lorenzo am Beispiel Ungarn.*

*Der letzte Schwerpunkt beschäftigt sich mit der zunehmenden supranationalen Macht der WHO. Laura Kölsch erläutert das anlässlich des Entwurfs zu einem **Pandemievertrag**, der völkerrechtliches Gewicht erhalten soll, und die Änderung der **Internationalen Gesundheitsvorschriften**. Die 'Ärzte für Aufklärung' rufen öffentlich dagegen auf. Auch in Österreich und der Schweiz gibt es Initiativen dagegen.*

## • Zur weltweiten Diskussion zum Verbot von Smartphones

In Frankreich gilt laut 'Die pädagogische Wende' bereits [seit 2010 ein Handyverbot im Unterricht](#), 2018 erweitert zum Kompletterbot internetfähiger Geräte wie Handys, Tablets und Smartwatches in allen Räumlichkeiten und bei schulischen Aktivitäten auch außerhalb des Schulgebäudes. Die Niederlande führen 2024 ein Smartphone-Verbot ein. In Schweden wurden nach dem Bericht des Karolinska-Instituts von 2023 die Tablets aus Vor- und Grundschulen wieder entfernt und stattdessen Schulbücher gedruckt und an die Schulen geliefert. Jedes vierte Land weltweit verbietet laut UNESCO-Bericht "2023 Global Education Monitor" aktuell private Geräte in der Schule, damit Kinder und Jugendliche sich wieder auf den Unterricht konzentrieren (können), sich in den Pausen bewegen und miteinander kommunizieren. Immer mehr Länder formulieren darüber hinaus konkrete Empfehlungen für den IT-Einsatz in Schulen. So will Italien Smartphones und Tablets an Schulen für Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 14 Jahren verbieten. In Kanada sind Handys mittlerweile im Unterricht der Grundschule bis zur sechsten Klasse häufig verboten.

Der 'Rat für digitale Ökologie' hat ein Positionspapier herausgegeben, in dem dargelegt wird, "wie Social-Media-Algorithmen die Mechanismen des Lernens ausbeuten und auf die Gehirnentwicklung junger Menschen einwirken". Diese Algorithmen sind so angelegt, dass sie das Dopaminsystems mit unregelmäßigen und unvorhersehbaren Belohnungen aktivieren. Das führt leicht zu unerwünschten Gewohnheiten und suchtähnlichem Verhalten, d.h. psychischer Abhängigkeit. Das zu beobachtende Verhalten einer Social-Media-Sucht und die Abläufe im Gehirn sind vergleichbar mit Glücksspielsucht. Aufgrund der natürlichen Entwicklungsphasen des Gehirns sind Kinder und Jugendliche Teil einer besonders gefährdeten Risikogruppe. "[Besonders besorgniserregend ist die potenzielle Einschränkung der Entwicklung von Urteilskraft](#) bei jungen Menschen, die über individuelle Suchtgefahren hinaus weitreichende Konsequenzen für die soziale und politische Praxis in unseren Gesellschaften haben könnte. Die wirtschaftlichen Interessen von Technologiekonzernen stellen somit eine mögliche Gefahr für die Grundpfeiler einer freiheitlichen, demokratischen Staatlichkeit dar." Daher sieht der Rat einen dringenden Handlungsbedarf der Politik, wofür folgende Empfehlungen gegeben werden: Im Hinblick auf die Forschung und die Suchtprävention seien die Anbieter von Plattformen transparent zu machen, auf welche Variablen die Algorithmen optimiert wurden. Es sollten öffentlich-rechtliche Soziale Plattformen eingerichtet werden, denen es untersagt ist, mit Verhaltensvorhersagen Geld zu verdienen. Kurzfristig seien die Plattformen dazu zu verpflichten, die Nutzung durch Pausen aufzubrechen und Zeitlimits für Nachtzeiten einzuschränken. Die Nutzung von Smartphone während der Unterrichtszeit sei einzuschränken oder ganz zu verbieten. Die Politik müsse im Hinblick auf eine echte Demokratie im Auge haben, dass 'Social Media' die Psychologie der Bürgerschaft verändert und die Urteilskraft der Bürger einschränkt.

[Die pädagogische Wende](#) ist ein Projekt von Prof. Dr. phil. Ralf Lankau (Hochschule Offenburg) in Kooperation mit dem [Bündnis für humane Bildung](#) und der [Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.](#) (Red.)

Der [Rat für digitale Ökologie](#) (RDÖ) widmet sich systematisch Fragen, in denen die ökonomischen, kulturellen, politischen, psychologischen und gesundheitlichen Dimensionen der Digitalisierung miteinander in Wechselwirkung stehen. Der Rat will Debatten anstoßen und die Digitalisierung als zentrales gesellschaftspolitisches Thema begreifbar machen. Dazu publiziert er Positionspapiere, Empfehlungen, Meinungsartikel und stößt zivilgesellschaftliche Bündnisse zu Themen einer Digitalen Ökologie an. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Nicaragua verklagt Deutschland, Kanada, Großbritannien und die Niederlande vor dem IGH**

Nicaragua hat [Deutschland vor dem IGH wegen Beihilfe zum Völkermord in den besetzten palästinensischen Gebieten, insbesondere im Gazastreifen, angeklagt](#). Laut IGH-Pressemitteilung argumentiert Nicaragua, "dass Deutschland durch die Bereitstellung politischer, finanzieller und militärischer Unterstützung für Israel und die Streichung der Mittel für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) «die Begehung eines Völkermords erleichtert und in jedem Fall in seiner Verpflichtung versagt hat, alles zu tun, um die Begehung eines Völkermords zu verhindern»". [Englischer Originaltext](#) von Amir Mortasawi. – Und hier der [Bericht von German-Foreign-Policy](#).

Die Bürgerbewegung BüSo meldet dass die nicaraguanische Regierung die Regierungen Großbritanniens, Deutschlands, der Niederlande und Kanadas am 01.02.2024 offiziell davon in Kenntnis gesetzt hat, dass Nicaragua beabsichtigt, sie vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) [wegen Verstoßes gegen die Völkermordkonvention zu verklagen](#), sollten sie weiterhin Waffen an Israel verkaufen und die Finanzierung des UN-Hilfswerks für Palästinaflüchtlinge (UNRWA), das für die Ernährung und Versorgung der Menschen in Gaza zuständig ist, aussetzen.

[Amir Mortasawi](#) (alias Afsane Bahar) ist Facharzt für Herzchirurgie, arbeitet als fachgebundener Psychotherapeut und in der suchtmedizinischen Grundversorgung; staatlich geprüfter Übersetzer (Persisch). (Red.)

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **BüSo: Strafanzeige beim Generalbundesanwalt "wegen Beihilfe zum Völkermord" gegen Bundeskanzler Scholz und weitere Regierungsmitglieder**

Am 23.02.2024 gab eine Gruppe deutscher Anwälte im Namen von deutsch-palästinensischen Familienangehörigen aus Gaza bei einer Pressekonferenz in Berlin bekannt, dass sie beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe Strafanzeige gegen Mitglieder des Bundessicherheitsrats, unter ihnen Bundeskanzler Olaf Scholz, Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck, und Bundesminister der Finanzen Christian Lindner gestellt hat. Die Klage stützt sich im Wesentlichen auf den Bescheid des IGH vom 26.01.2024. Demnach habe auch die BRD "die völkerrechtlich verankerte Pflicht, diesen Genozid zu verhindern, und ihren Einfluss und alle rechtlichen Mittel, über die sie verfügt, einzusetzen, um Israel dazu aufzufordern, genozidale Handlungen zu unterlassen. [...] Beihilfe kann geleistet werden durch logistische, finanzielle oder materielle Unterstützung, aber auch durch das Kreieren von günstigen Umständen für die Straftat. Hier sind insbesondere die Genehmigungen von Rüstungsexporten und die politische und diplomatische Unterstützung zu benennen. [...] [Heute werden wir die deutsche Regierung für ihre Mitschuld am Völkermord in Gaza zur Verantwortung ziehen.](#)"

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **BüSo: Katastrophe in Rafah stoppen: Südafrika stellt “Dringenden Antrag auf zusätzliche Maßnahmen” beim IGH**

Am 12.02.2024 reichte die Regierung der Republik Südafrika einen Dringenden Antrag auf zusätzliche Maßnahmen gemäß Artikel 75(1) der Verfahrensordnung des Internationalen Gerichtshofs ein; darin werden [Sofortmaßnahmen gefordert, um den drohenden Völkermord in Rafah zu stoppen](#). Der knapp begründete zweiseitige Schriftsatz mit einer dritten Seite dokumentarischer Fußnoten enthält eine Zusammenfassung der IGH-Entscheidung gegen Israel vom 26.01.2024 und stellt dann fest, dass die Situation in Gaza sich seither erheblich verändert hat und die dringende Aufmerksamkeit des Gerichtshofs erfordert. – Der [Original-Schriftsatz](#).

*Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt ‘Neue Seidenstraße’ die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denks, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Alfred de Zayas: Internationale Ordnung bedeutet, sich an die Regeln zu halten**

Die acht Milliarden Menschen auf der Erde brauchen laut Alfred de Zayas Spielregeln, um “eine friedliche lokale, regionale und internationale Entwicklung, die auf Kooperation statt auf Konfrontation beruht“, gestalten zu können. Solche Regeln müssen aber durch vertrauensvolle Institutionen verwaltet und von den Menschen weltweit eingehalten werden. Die verpflichtende Grundlage für alle Ordnungen ist nach de Zayas die UN-Charta.

De Zayas zeigt in seinem Aufsatz einige Probleme auf, “die die Arbeit von zwei wichtigen Institutionen der Vereinten Nationen – dem Menschenrechtsrat und dem Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte – beeinträchtigen“. Dabei stellt er fest, dass die Autorität und Glaubwürdigkeit des Menschenrechtsrates z.B. dadurch zerstört werde, dass dieser nicht [ausschließlich die UN-Charta als Grundlage nutzt](#), sondern mit dem ‘Universal Periodic Review’ (UPR) mit seinen konfrontativen Ländermandaten doppelte Standards zulasse. Hier sei dringend ein Verhaltenskodex zu installieren, “um Überschneidungen zu vermeiden, eine konstruktive Diskussion zu gewährleisten und die kleinliche und heuchlerische Taktik des «naming and shaming» zu vermeiden“. Zudem sollte “nicht nur ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern, sondern auch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den rechtlichen Ansätzen und Philosophien sichergestellt [werden]. Es sollte eine «Beobachtungsstelle» eingerichtet werden, die sicherstellt, dass in den Debatten nicht mit zweierlei Maß gemessen wird, eine Art «Double-Standards-Watch». Es sollte ein Follow-up-Verfahren eingerichtet werden, um zu überwachen, ob die Empfehlungen der Berichtersteller auch tatsächlich befolgt werden oder ob die Berichtersteller nur eine Ansammlung von lautstarken «Beschimpfern und Verleumdern» oder – noch schlimmer – irrelevanten Kassandras sind.“

*[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Evelyn Hecht-Galinski: Gedenken, Genozid, Vertreibung untrennbar verbunden – Die unerträgliche Doppelmoral deutscher Politik**

Als am 31.01.2024 im Bundestag der Befreiung des KZ-Auschwitz vor 79 Jahren gedacht wurde, fehlte für Evelyn Hecht-Galinski ein grundlegendes Gedenken. Als Eva Szepesi, ungarische

Überlebende des Holocaust, vom Grauen der Vergangenheit berichtete und die Brücke in die Gegenwart schlug, da erwähnte sie nicht das Grauen in Gaza seit 2006, sondern erinnerte an den Terror der Hamas und bezog sich einseitig auf den 7. Oktober 2023 als dem schlimmsten Angriff auf Juden seit der NS-Zeit. Dieser habe auch hierzulande den Antisemitismus befeuert. Für Hecht-Galinski ist das eine Umkehr der Dinge. Eva Szepesi habe nämlich [Ursache und Wirkung und die Vorgeschichte dieses schrecklichen Anschlags zu erwähnen vergessen](#). Ursache sei die illegale Besatzung, Abriegelung, Vertreibung, Tötung und Unterdrückung der Palästinenser seit Gründung des jüdischen Staates 1948. Der brutale, aber abzusehende Widerstandskampf der Entrechteten sei die Wirkung gewesen. Hecht-Galinski erinnert daran, dass der Antisemitismus in Deutschland nie wirklich bekämpft wurde. Heute werde sogar der Antisemitismus institutionell gefördert, indem Juden, die den israelischen Staat kritisieren, ausgegrenzt und mit Verboten belegt werden. Sie ist besorgt darüber, dass in Deutschland nicht für die Freiheit Palästinas und gegen das israelische Massaker in Gaza demonstriert werden darf. Für Hecht-Galinski ist unverzeihlich, dass Deutschland den Völkermord im Gazastreifen unterstützt und sofort nach unbewiesenen israelischen Anschuldigungen gegen die UNRWA deren Unterstützung einstellte. Hecht-Galinski fordert das Ende der Unterstützung jüdischer Extremisten und fanatischer Zionisten und endlich Anerkennung des BDS (Boycott, Divestment and Sanctions), das Ende der von den USA und Deutschland angeführten Solidarität westlicher Staaten, [des] Netanjahu-geführten Hasses und [des] Vernichtungskriegs gegen Gaza und das Ende der unerträglichen Doppelmoral deutscher Politik.

*[Evelyn Hecht-Galinski, Jg. 1949, Tochter des ehemaligen Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, ist Publizistin und Autorin. 2012 kam ihr Buch "Das elfte Gebot: Israel darf alles" heraus. Am 28.09.2014 wurde sie von der NRhZ mit dem vierten "Kölner Karls-Preis für engagierte Literatur und Publizistik" ausgezeichnet. \(Red.\)](#)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● Karin Leukefeld: **Der Kampf um Palästina**

Karin Leukefeld erinnert an die lange Vorgeschichte des aktuellen Konflikts. Insbesondere erinnert sie daran, dass "weder die Araber noch die Zionisten, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in Palästina einen «Judenstaat» gründen wollten, [...] mit diesem UN-Teilungsplan einverstanden [waren]. Die Zionisten wollten das ganze Land für sich und begannen mit der Vertreibung und Ermordung der arabischen Bevölkerung." Der nach der Staatsgründung Israels von Syrien, Jordanien und Ägypten begonnene und 1949 von Israel gewonnene Krieg führt dazu, dass Israel 78% des im UN-Teilungsplan für beide Staaten vorgesehenen Gebietes besetzte. "Die arabische Bevölkerung, die seit 1947 vertrieben worden war, lebte fortan in Lagern in Jordanien, Syrien oder im Libanon. Oder sie lebte als Inlandsvertriebene in Zeltlagern in Ostjerusalem, im Westjordanland und im Gaza-Streifen. [...] [Das heutige Israel, seine Regierung und die Mehrheit seiner Bevölkerung wollen keinen palästinensischen Staat](#), wie der UN-Teilungsplan (1947) es vorsah oder das Oslo-Abkommen, das eine Zwei-Staaten-Lösung vorsah (1993). Das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat und auf Rückkehr (oder Entschädigung), wie zahlreiche UN-Resolutionen sowohl vom UN-Sicherheitsrat als auch von der UN-Generalversammlung wieder und wieder forderten, hat für Israel keine Bedeutung. Offen werden Pläne diskutiert, die Menschen aus dem Gaza-Streifen in die Sinai-Wüste, die Menschen aus dem Westjordanland nach Jordanien zu verjagen. Gaza soll wieder von jüdischen Siedlern übernommen werden. Israel will das ganze Land."

Bei aktuellen indirekten Verhandlungen hat die Hamas einen Drei-Stufen-Plan vorgelegt, laut dem sich die israelische Armee aus dem gesamten Gaza-Streifen zurückziehen und ein detailliert definierter Gefangenenaustausch stattfinden soll. Zudem soll umfassende humanitäre Hilfe zur Versorgung der sich dort befindlichen Menschen erfolgen und die Inlandsvertriebenen in ihre

Wohnungen zurückkehren können. Israel lehnt diesen Plan ab und bereitet einen Angriff auf Rafah vor. Mit dem übergeordneten Ziel, die geopolitische Kontrolle über die Region zu stabilisieren, unterstützen die USA laut Leukefeld "Israel politisch, medial, mit Waffen und militärischer Expertise". Leukefeld betont: "Der US-Plan für den Mittleren Osten dient nicht dem Schutz und der Entwicklung der Völker und ihrer Staaten in der Region, er dient der Konfrontation mit Russland, Iran und China und soll die Interessen von USA und Partnern (bspw. in der EU) für die Ausbeutung der Rohstoffe und die Kontrolle der Ost-West-Transportwege und -korridore (Straße von Hormus, Arabisches Meer, Golf von Aden, Bab al-Mandab, Rotes Meer und Suez-Kanal) sichern." Manche Staaten der Region, wie Katar, Saudi-Arabien, die Vereinigten Emirate versuchen wohl davon zu profitieren, aber Jordanien und Ägypten seien von den USA abhängig, Syrien und Libanon weiterhin Sanktionen und anderen Drangsalierungen ausgesetzt.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, *Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Karin Leukefeld: Waffenstillstand oder Krieg – Blitztour von US-Außenminister Blinken durch den Mittleren Osten ohne Ergebnis**

Während US-Außenminister Anthony Blinken bei seiner Reise Anfang Februar durch Westasien und Nordafrika (Nahost) für seine Vermittlungsmission wenig Zustimmung erhielt, gingen die die Kriegshandlungen in Gaza und wegen Gaza weiter. Das US-Militär griff Syrien und Irak an, wo im Vorfeld US-Militärbasen im Irak und in Jordanien von bewaffneten Gruppen angegriffen wurden. Laut Karin Leukefeld spitzt sich die Lage zu, denn nun droht auch Ägypten den Friedensvertrag mit Israel zu lösen, falls Israel die Menschen aus Rafah in den Sinai treiben sollte. Saudi-Arabien stimmt einer Normalisierung seiner Beziehungen zu Israel nur zu, wenn, so Leukefeld, der Krieg in Gaza beendet sei, die israelische Armee sich aus dem Küstenstreifen zurückgezogen habe und wenn Israel einen unabhängigen Staat Palästina in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt anerkannt habe. Israel findet die von der Hamas vorgelegten Änderungen zu einem Waffenstillstandsplan unakzeptabel und will bis zum totalen Sieg kämpfen. Netanyahu hat die IDF angewiesen, die Offensive auf Rafah, wo Anfang Februar zusätzlich 8'000 Menschen aus Khan Younis Schutz suchten, vorzubereiten. Vor diesem Angriff warnen die Hilfsorganisationen.

Leukefeld lässt in ihrem Bericht einen Familienvater aus dem Gazastreifen zu Wort kommen, der kaum glauben kann, dass u.a. Deutschland die Gelder für die UNRWA gesperrt haben. "[...] [Das alles ist der Wahnsinn. Wie soll es weitergehen?](#) Unser Leben in Gaza ist unerträglich, weil wir von Tod und Zerstörung umgeben sind, kein Dach über dem Kopf haben, kaum etwas zu essen und zu trinken finden, weil die uns umgebende Luft durch Bombenexplosionen extrem verschmutzt ist und weil Krankheiten und Verletzungen nicht behandelt werden können. Damit uns ein kleines bisschen Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben bleibt, setzt euch bitte dafür ein, dass der Beschluss des Internationalen Gerichtshof für Gerechtigkeit!!! ICJ umgesetzt wird und dieser Wahnsinn mit einem vollständigen Waffenstillstand aufhört."

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, *Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jacques Baud (im Interview): **Israel hat die falschen Strategien angewendet**

Für Jacques Baud “zeigt sich, dass die israelische Armee vier Monate nach Beginn der Operation ‘Eiserne Schwerte’ trotz der Zerstörungen und der Behauptung einer absoluten operativen Kontrolle in einigen Gebieten im nördlichen Gazastreifen nicht in der Lage ist, eine dauerhafte Präsenz aufzubauen. [...] Wir stellen fest, dass die palästinensischen Kämpfer durch die israelische Präsenz anscheinend nicht behindert werden und sich in einem Gelände, das sie sehr gut kennen, frei bewegen können [und] die palästinensischen Führungsstrukturen perfekt zu funktionieren scheinen. Hinterhalte und andere Aktionen gegen israelische Truppen werden perfekt koordiniert. Komplexe Aktionen wie Hinterhalte mehrerer Kommandos gegen israelische Einheiten in Tunneln 80 Meter unter der Erde werden perfekt in Koordination mit den oberirdischen Truppen durchgeführt. Es werden sogar konzentrische Hinterhalte auf israelische Truppen aus mehreren getrennten Tunnelsystemen beobachtet, was auf intakte Führungsfähigkeiten hindeutet. Israel hat die Lage nirgendwo im Norden des Gazastreifens unter Kontrolle.“ Baud ist sich [sicher, dass es Israel nicht “gelingen wird, den Geist des palästinensischen Widerstands zu zerschlagen“](#), selbst wenn sie die Hamas zerschlagen sollten. Israel werde eine strategische Niederlage erleiden. Im Gegensatz zu Israel hält Baud den Iran und die Hisbollah für rationale Akteure. In dem verlinkten Interview betrachtet Baud den Konflikt in Nahost sehr breit.

*[Jacques Baud](#), Jg. 1955, hat den Master in Ökonometrie und Nachdiplomstudium in internationaler Sicherheit am Hochschulinstitut für internationale Beziehungen in Genf absolviert und war Oberst der Schweizer Armee. Er arbeitete für das DPKO (Departement of Peacekeeping Operations) der Vereinten Nationen in New York (1997–99), gründete das Internationale Zentrum für Humanitäre Minenräumung in Genf. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Afaf Al Najjar: **Wie ich nur einen Tag in Gaza überstehe**

Afaf Al Najjar, Aktivistin und Journalistin sagt über das gegenwärtige Leben im Gaza-Streifen: “[...] All das fühlt sich kaum wie Leben an. Aber die Sache ist die: Israel hat es zu einer unbeschreiblichen Herausforderung gemacht, auch nur 24 Stunden zu überstehen. Doch damit hat es dafür gesorgt, dass die Menschen in Gaza jeden Morgen, wenn die Sonne aufgeht, die Vögel singen und der liebevolle Wind meines Heimatlandes weht, einen weiteren Sieg feiern können. [Israel will uns auslöschen. Es will, dass wir aufgeben.](#) Jeder Tag, an dem wir nicht aufgeben, ist ein Akt des Trotzes, eine Proklamation, dass wir immer noch hier sind und uns immer noch an Fäden der Hoffnung festhalten. Wir überleben. Wir halten durch. Wir lieben einander. Wir leben. Und am nächsten Tag fangen wir wieder von vorne an.“

[Inhalt](#) ↑

- GFP: **Auf Krieg einstellen (III)**

Der von der Bundeswehr angekündigte Operationsplan Deutschland beinhaltet neben militärischen Maßnahmen [umfassende Schritte zur Militarisierung der deutschen Gesellschaft](#). Um im Rahmen der Arbeit an dem Operationsplan unter dem Motto Deutschland. Gemeinsam. Verteidigen zu diskutieren, lud Ende Januar der Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr, Generalleutnant André Bodemann, rund 300 Experten zum “intensivierten Austausch militärischer und ziviler Akteure“ nach Berlin. Anwesend waren Vertreter von Politik, Polizei, Technischem Hilfswerk, Feuerwehr, Wissenschaft, Medien und Wirtschaft (insbesondere Energie- und Logistikbranche) und aus verbündeten Staaten. Der Einsatz von Zivilisten und Reservisten soll militärische Potenziale für Operationen im Osten freimachen. Sachsens Innenminister Armin Schuster stellte in Berlin fest, Deutschland habe in Sachen zivil-

militärische Zusammenarbeit bei Waldbrand, Pandemie, Hochwasser bereits viel gelernt; insbesondere in der Frage der Führung aber gebe es keine Erfahrung mit Krieg. Eine Vertreterin des Bundesinnenministeriums forderte, Deutschland müsse unverkrampfter über Krieg sprechen.

*GFP, [German-Foreign-Policy](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarben deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Harald Kujat: **“Keine Belege für russische Angriffsabsicht“ – Ex-General Kujat widerspricht neuer “russischer Gefahr“**

Gegen die zunehmende Kriegstreiberei aufgrund des Vorwands, dass Russland angeblich die NATO angreifen wolle, wendet sich der ehemalige Bundeswehr-General-inspekteur Harald Kujat. Er widerspricht in einem Interview seinem aktuellen Amtsnachfolger Carsten Breuer und fordert eine Außen- und Sicherheitspolitik, die sich an der Präambel des Grundgesetzes orientiert. Kujat hat [bislang keinen konkreten Beleg dafür gesehen, dass Russland tatsächlich die Absicht hat, NATO-Staaten anzugreifen](#). Dass ein kriegführendes Land seine militärische Durchhaltefähigkeit erhöht, sei nicht ungewöhnlich. Zudem sehe sich Russland in einem Stellvertreterkrieg mit den USA und ihren Verbündeten und rechne offenbar damit, dass NATO-Streitkräfte möglicherweise direkt eingreifen würden, um eine totale Niederlage der Ukraine abzuwenden. Wenn die USA eine Kriegsgefahr für Europa sähen, würden sie ihre militärische Präsenz auf dem europäischen Kontinent wieder hochfahren, meint Kujat.

*[Harald Kujat](#), Jg. 1942, ist ein deutscher General a. D. der Luftwaffe. Er war von 2000 bis 2002 als 13. Generalinspekteur der Bundeswehr der ranghöchste Offizier der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses. Seit seiner Pensionierung tritt Kujat als Kritiker und Experte für Sicherheitspolitik auf. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Stefano di Lorenzo: **Demokratie nach ungarischer Art**

In Ungarn scheint der Wahlkampf für Europawahlen schon begonnen zu haben. Es sind Plakate mit Ursula von der Leyen und Alex Soros zu sehen, auf denen zu lesen ist: “Lass uns nicht nach ihrer Pfeife tanzen.“ Ungarn genießt in der europäischen Presse keinen guten Ruf. Seit Viktor Orban Ministerpräsident ist, wird Ungarn vorgeworfen, dort sei die wahre Demokratie bedroht. Der ideologische und politische Konflikt zwischen Ungarn und Europa besteht laut Stefano di Lorenzo schon seit mehr als einem Jahrzehnt. Di Lorenzo zitiert die Ansicht von Daniel Deme, Chefredakteur von ‘Hungary Today’: “Der Wahlerfolg von Viktor Orbán ist ganz einfach: [Die ungarische Regierung tut, was die Wähler von ihr verlangen](#). Im Gegensatz dazu scheinen europäische Politiker heute mehr daran interessiert zu sein, ihre Gesellschaften umzuerziehen, damit sie mit einer bestimmten globalen ideologischen Agenda übereinstimmen, anstatt auf den Willen und die Sorgen ihrer Bürger zu reagieren. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Personen, die sich selbst als ‘Liberaler’ bezeichnen, deren Bemühungen jedoch den Grundprinzipien des klassischen Liberalismus zuwiderlaufen.“ Ungarn gelte nach Deme bei den liberalen Internationalisten als souveränistisch und populistisch, weil es seine Souveränität nicht hinreichend an supranationale, technokratische und kompetente Instanzen abtrete, wenn es z.B. sein Veto gegen den EU-Plan einlegt, der der Ukraine 50 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen, oder wenn Ungarn ausgewogene Beziehungen zu Russland unterhalten will, oder wenn es sich den falschen Hoffnungen über die möglichen Ergebnisse des Krieges in der Ukraine verweigert. Den Schluss, Ungarns Regierung habe eine pro-russische Position, könne Deme nicht nachvollziehen.

Auch der Versuch, zu China gute Beziehungen zu pflegen, habe im Westen nur heftige Kritik an Ungarn hervorgerufen. Ungarn, das sich 2015 dem Projekt 'Neue Seidenstraße' angeschlossen hat, will sich nicht wie Italien auf Druck der USA aus dem Projekt zurückziehen. So wird China in Ungarn eine Produktionsstätte für E-Automobile und eine erste Niederlassung einer chinesischen Universität eröffnen.

*Orbans Veto gegen weitere 50 Mrd. Euro für die Ukraine ist inzwischen überholt (Artikel ist von Januar) (Red.).*

[Inhalt ↑](#)

#### ● Laura Kölsch: **Kommt die globale Gesundheitsdiktatur?**

Laura Kölsch hat im Oktober 2023 ihre sehr [ausführliche Einschätzung zu den Absichten der WHO mit dem neuen Pandemievertrag](#) und der Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften sowie der Rolle der EU bei einer gesundheitlichen Notlage abgegeben. Kölsch zieht das Resümee: Der Entwurfstext zum Pandemievertrag und die Änderungsvorschläge zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften lassen gefährliche "Demokratieverluste durch die Machtkonzentration bei geographisch immer größer werdenden Regelungsentitäten und privaten Einrichtungen oder durch Informationskontrolle zur Einhegung der öffentlichen Meinung [erkennen]. Ein Demokratiedefizit entsteht nicht zuletzt auch dadurch, dass die gesamte WHO-Dokumentation über Vertragsentwürfe und Verhandlungsverlauf, soweit sie überhaupt veröffentlicht wird, jedenfalls nicht in deutscher Sprache vorliegt, da Deutsch nicht zu den sechs offiziellen WHO-Sprachen zählt (Art. 74 WHO-Verfassung). Deutschsprachige Übersetzungen existieren nur aus privater Initiative. Und schließlich ergibt sich ein erhebliches Defizit an demokratischer Rechtssicherheit aus dem Umstand, dass die WHO und ihre nicht demokratisch legitimierten Organe, insbesondere der Generaldirektor, Immunität genießen und ihre Entscheide keinerlei rechtlicher Kontrolle und Überprüfbarkeit unterliegen."

[Inhalt ↑](#)

#### ● **Pandemievertrag und Internationale Gesundheitsvorschriften der WHO – kritische Einschätzungen der Vorhaben**

Die Stiftung 'Ärzte für Aufklärung' ruft mit einem Flyer dazu auf, bzgl. der anstehenden Verabschiedung des WHO-Pandemievertrags und der Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften gegenüber den Bundestagsabgeordneten aktiv zu werden. In dem Flyer werden die [10 wichtigsten Gründe aufgezählt, die gegen die Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften sprechen](#). Mit diesen Argumenten gilt es, sich an die Bundestagsabgeordneten, besser noch an die 43 [Mitglieder des Gesundheitsausschusses](#) zu wenden.

[Rechtsanwalt Philipp Kruse legt in seinem Vortrag](#) (Video, 1h33) die großen Risiken für unsere Grundrechte und die staatliche Souveränität dar, die mit dem WHO-Pandemie und insbesondere mit der Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften verbunden sind.

[Ärzte für Aufklärung](#) ist nach eigenen Angaben eine interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft von Ärzten und Wissenschaftlern, die der Öffentlichkeit fachliche Expertise bzgl. der Covid-19-Pandemie zur Verfügung stellt. (Red.)

[Philipp Kruse, Jg. 1967](#), ausgebildeter Rechtsanwalt und Steuerexperte, betreibt heute eine eigene Anwaltskanzlei für Wirtschafts- und Verfassungsrecht in Zürich. Für ihn sind die Werte der Bundesverfassung und der verfassungsmäßigen Grundordnung der Schweiz [von besonderer Beachtung](#). (Red.)

[Inhalt ↑](#)

## ● Österreich aktiv gegen WHO-Machtergreifung

Am 18.02.2024 forderte der FPÖ-Parteichef Herbert Kickl in einem offenen Brief die österreichische Bundesregierung auf, eine Einigung zur WHO-Reform bei am 19.02.2024 beginnenden Verhandlungen in Genf zu verhindern. Kickl gibt in dem Brief an, nach welcher Strategie verhindert werden muss, dass die EU dem Pandemievertrag beitrifft und die Internationalen Gesundheitsvorschriften für Österreich Gültigkeit erlangen. In dem Brief wird der Regierung auch vorgeworfen, die Öffentlichkeit nicht über die entscheidenden Inhalte sowohl des Pandemievertrags und als auch der Internationalen Gesundheitsvorschriften zu informieren. Keine der anderen beiden Oppositionsparteien thematisiert die WHO-Reform. [Außerparlamentarisch gibt es in Österreich aber eine Menge Widerstand gegen die WHO-Pläne, selbst Volksbegehren werden initialisiert](#). Die WHO beabsichtigt, den Pandemievertrag und die Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften am 24.05.2024 in Genf zu verabschieden, und damit die Souveränität der WHO-Mitgliedstaaten auszuhebeln.

Die Gruppe 'Rechtsanwälte für Grundrechte – Anwälte für Aufklärung' (AFA) hat an alle österreichischen Gemeinderäte Informationen über den geplanten WHO-Pandemievertrag gesendet und davor gewarnt, dass die Weltgesundheitsorganisation, sollte der Vertrag im Mai unterzeichnet werden, direkten Einfluss darauf nehmen kann, wie sich ihre Mitgliedstaaten in vermeintlichen Pandemiesituationen verhalten sollen. Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus könne dann [im Alleingang ausrufen, dass eine Pandemie oder potenzielle Pandemie vorliege](#) und in der Folge Maßnahmen für das Pandemiemanagement anordnen. AFA betont, dass die neuen Regeln einen Eingriff in Österreichs Souveränität bedeuten – auf allen Ebenen, sei es Bund, Land oder Gemeinde. "Wir appellieren an jeden Gemeinderat, sich ernsthaft mit den kommenden Änderungen zu befassen, sich über die Auswirkungen auf der Gemeindeebene zu informieren, sich auszutauschen und Stellung zu beziehen", so die AFA.

*[Thomas Oysmüller](#), Jg. 1990, studierte Philosophie und Sozialwissenschaften, ist freier Journalist und arbeitete früher beim deutschen Online-Radio [detektor.fm](#), einige Jahre bei [zackzack.at](#) sowie für kleinere Zeitungen. (Red.)*

*[TransitionNews](#) wird herausgegeben von der genossenschaftlichen Internet-Plattform 'Transition Media', die aus der 2020 von Christoph Pfluger gegründeten Datenbank Corona-Transition hervorgegangen ist. Die Plattform setzt sich für Meinungsvielfalt, Transparenz und gesellschaftskritischen Austausch ein. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

## ● Schweiz aktiv gegen Epidemienetz und WHO-Einfluss

Vom 29.11.2023 bis 22.03.2024 läuft in der Schweiz die "[Vernehmlassung zur Revision des Epidemienetzes](#)" (EpG). Laut Bundesrat soll diese Teilrevision dem Bund und den Kantonen die Möglichkeit zu einer engen Zusammenarbeit für den Schutz der Bevölkerung vor übertragbaren Krankheiten gewährleisten. Neben der Präzisierung der Zusammenarbeit von Bund und Kantonen bzw. dem Übernehmen von Kantonsaufgaben durch den Bund sollen auch der Übergang zu einer außerordentlichen Lage sowie die Verstärkung der Überwachung einschließlich Digitalisierung präzisiert werden.

Im Unterschied zur Verlautbarung des Bundesrates wird im [Gesetzestext](#) klar, dass der WHO (Weltgesundheitsorganisation) eingeräumt werden soll, eine auch für die Schweiz relevante Notlage auszurufen (Art. 6). Das 'Aktionsbündnis freie Schweiz' (ABF) stellt zu der Vernehmlassung u.a. [weitere Dokumente](#) wie den [Begleitbrief](#) und den [erläuternden Bericht](#) des Bundesrates und Stellungnahmen zu Verfügung. Das ABF bringt das EpG, den WHO-Pandemievertrag und die Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV, IHR) in einen Zusammenhang, denn über die

Teilrevision des EpG werden die einzelnen [Bestimmungen des Pandemieertrages und der IGV für die Anwendung gegenüber den Schweizer Bürgern konkretisiert](#). Laut ABF sind sowohl der Pandemieertrag ([deutsche Übersetzung](#), [rechtlich bindende Punkte in Kurzform](#)) als auch die IGV ([10 inakzeptable Punkte](#), [Originaldokument in Englisch](#)) nicht zu tolerieren, da sie die Schweizer Souveränität aushebeln und die Rechte der Bürger einschränken würden. Daher sei zunächst gegen das EpG im Rahmen der Vernehmlassung aktiv vorzugehen.

Soweit ersichtlich lehnen u.a. der [Regierungsrat des Kantons Thurgau](#) und die SVP (Schweizer Volkspartei) die Teilrevision des EpG ab. Dabei betont die SVP u.a., dass die Vorlage des Bundesrates die [Schweiz einseitig an die Weltgesundheitsorganisation anbindet](#), aber die SVP eine stärkere Anbindung der Schweiz an die WHO "kategorisch" ablehne.

*'[Aktionsbündnis freie Schweiz](#)' (ABF) will primär die Ratifizierung des WHO-Pandemieertrages und die Übernahme der Internationalen Gesundheitsvorschriften, die gerade überarbeitet werden, in der Schweiz zu verhindern. ABF ist Teil der [Stiftung KMUnitas](#), die ein freies, assoziatives und dauerhaft erfolgreiches Wirtschaftsleben in der Schweiz fördern will. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑